

GLOBAL 2000

WIR  
KÄMPFEN  
FÜR DAS  
SCHÖNE.



# GLOBAL 2000, DIE EU & DU

4-mal gelungener Umweltschutz

ORBA

# INHALT

4 Beispiele der letzten 10 Jahre, in denen sich Engagement ausgezahlt hat!

**bleiben Sie weiterhin an unserer Seite und kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte und gesunde Zukunft für uns alle.**

**DANKE!**

---

## **Pestizide:**

Schluss mit der Geheimniskrämerei ..... 3

## **Das EU-Lieferkettengesetz:**

Grundstein für eine gerechtere Welt ..... 6

**Neue Gentechnik** gehört geregelt! ..... 8

## **Klimaproteste:**

Turbo für EU-Klimapolitik ..... 10

---

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Tel. (01) 812 57 30, E-Mail: [office@global2000.at](mailto:office@global2000.at), [www.global2000.at](http://www.global2000.at), ZVR: 593514598, Für den Inhalt verantwortlich: Helmut Burtscher-Schaden, Anna Leitner, Brigitte Reisenberger, Johannes Wahlmüller, Redaktion: Astrid Breit, Layout: Sabine Potuschak/flammen.at, Bildrechte: Christopher Glanzl (Cover, S.6, S.7, S.9, S.11), Christoph Liebenritt (S.3), Martin Todorov\_Shutterstock (S.4), Jakob Lund\_Shutterstock (S.5), Canva (S.8)





# PESTIZIDE: SCHLUSS MIT DER GEHEIMNISKRÄMEREI

Stoffe, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, wie etwa Pestizide, dürfen in der EU künftig nicht mehr auf Basis geheimer Studien der Industrie zugelassen werden<sup>1</sup>. Zu dieser bahnbrechenden Errungenschaft hat die Arbeit von GLOBAL 2000 entscheidend beigetragen.

## Es war ein hartes Stück Arbeit, ...

bis die Transparenzverordnung endlich beschlossen war. Der Gesetzgebungsprozess stand dabei mehrfach auf der Kippe, weil Lebensmittel- und Chemische Industrie alles taten, um dies zu verhindern. Treue Verbündete fanden sie dabei in konservativen und rechten Parlamentsfraktionen.

Seit den 1970er-Jahren war es gängige Praxis, dass Behörden auf Basis von Studien, die die Industrie selbst beauftragt hatte und als „Geschäftsgeheimnisse“ unter Verschluss hielt, deren Pestizidwirkstoffe für sicher erklärten, obwohl veröffentlichte Studien aus der unabhängigen Wissenschaft zu einem ganz anderen Ergebnis kamen.

<sup>1</sup> Die neue Transparenzverordnung wurde am 6. September 2019 im Amtsblatt veröffentlicht. Sie gilt für alle Zulassungsverfahren, die nach dem 27. März 2021 begonnen haben. Die (bedauerliche) Wiederzulassung von Glyphosat im Dezember 2023 war eine der letzten Pestizid-Zulassungen auf Grundlage der alten Gesetzgebung.



### **GLOBAL 2000 forderte ein Ende der Geheimhaltung**

Im Sommer 2016 forderte GLOBAL 2000 mit der Europäischen Bürger:inneninitiative (EBI) „Stopp Glyphosat“ das Ende dieser Geheimhaltungspraxis. Unsere EBI hatte Erfolg und wurde schließlich im November 2017 im Zuge der Anhörung im EU-Parlament Gesundheitskommissar Andriukaitis vorgestellt. Dieser legte im April 2018 einen Vorschlag für die sogenannte Transparenzregulierung vor. Nach außen bekundeten die Pestizidhersteller zwar brav ihre Zustimmung, doch hinter den Kulissen arbeiteten sie an Vorschlägen für deren Verwässerung.

Die Europäische Volkspartei stellte mit der Abgeordneten Renate Sommer (CDU) die Berichterstatteerin im federführenden Umweltausschuss. Diese wurde ihrem Ruf als „industrienah“ gerecht und legte im September 2018 einen Abänderungsvorschlag vor, der die Wünsche der Industrie 1:1 widerspiegelte. Hätte sie dafür eine Mehrheit gefunden, wäre das Gesetz völlig zahnlos ausgefallen. Doch auch der Kommissionsvorschlag selbst wies handwerkliche Fehler auf.

GLOBAL 2000 erarbeitete gemeinsam mit Rechtsexpert:innen der NGO ClientEarth eine rechtliche Analyse, die die Wichtigkeit des Kommissionsvorschlags betonte und zugleich präzise Vorschläge für die „Reparatur“ der darin enthaltenen Schwachstellen enthielt. Diese Analyse teilten wir mit der EU-Kommission, Vertreter:innen der Ratsarbeitsgruppe – Österreich hatte gerade die Ratspräsidentschaft, was sich als großer Vorteil erwies – und mit den Schattenberichterstatte:r:innen aller Parlamentsfraktionen. GLOBAL 2000 veranstaltete Pressekonferenzen, versendete offene Briefe und führte eine Vielzahl von Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen. Wir forderten sie dazu auf, den Änderungsvorschlägen Renate Sommers nicht zuzustimmen.

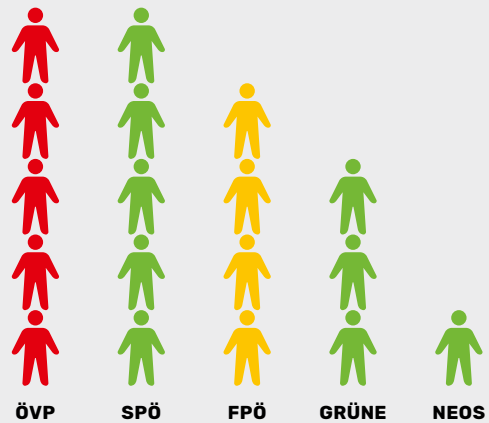
### **Die Rechnung ging auf**

Im Oktober 2018 wurde ein Leak der bereits weit fortgeschrittenen Ratsposition bekannt. Zu unserer großen Freude hatte der EU-Rat den Vorschlag nicht verwässert, sondern die darin enthaltenen – von GLOBAL 2000 und ClientEarth identifizierten – Schwachstellen sogar weitgehend behoben. Die Abstimmungen im EU-Parlament im November 2018 im federführenden



Umweltausschuss und im darauffolgenden Dezember im Plenum standen jedoch auf Messers Schneide. Als die Berichterstatterin der EVP, die ihre eigene Fraktion hinter sich wusste, ihren Vorschlag präsentierte, wurde dieser mit den Stimmen der sozialdemokratischen, grünen und linken Parlamentsfraktionen und mit Unterstützung von Teilen der Liberalen abgewehrt. Zum Teil in äußerst knappen Abstimmungen mit nur einer oder wenigen Stimmen Überhang. Als Renate Sommer auch im Plenum ihre Änderungsanträge nicht durchsetzen konnte, empfahl sie, gegen den Gesetzesvorschlag zu stimmen und damit die Transparenz-Initiative der Kommission zu boykottieren. Die EVP-Fraktion folgte ihr mehrheitlich, unterstützt von den rechten Fraktionen ECR und EFD. Auch die österreichischen Vertreter:innen der ÖVP-Delegation – Heinz Kurt Becker, Othmar Karas, Lukas Mandl, Paul Rübiger, Paul und Claudia Schmidt stimmten geschlossen gegen das Gesetz, das die Geheimhaltung der Industriestudien endlich beenden sollte. Die Abgeordneten der FPÖ enthielten sich der Stimme. Geschlossen dafür stimmten hingegen die Delegationen der SPÖ, Grünen und NEOS.

## Abstimmung im Plenum



Namentliche Abstimmung im Plenum vom 11.12.2018 über die Zustimmung zur Transparenzregulierung (Abschaffung der Geheimhaltung von Industriestudien)

■ Zustimmung ■ Enthaltung ■ Ablehnung



# DAS EU-LIEFERKETTEN-GESETZ: GRUNDSTEIN FÜR EINE GERECHTERE WELT

Bis zuletzt setzte die Industrielobby alles daran, das Gesetz zu torpedieren. Auch Österreich ließ sich unter Druck setzen und stimmte dagegen. Letzlich fand die Ratspräsidentschaft jedoch sowohl eine Lösung als auch eine Mehrheit für das Gesetz – mit massiver Unterstützung der Zivilgesellschaft.

In unserer globalisierten Welt sind Lieferketten lang und undurchsichtig. Bei Produkten aus dem Supermarkt ist es für uns Konsument:innen nahezu unmöglich herauszufinden, wie diese produziert werden und woher die Rohstoffe dafür kommen. Gleiches gilt für elektronische Geräte, Kleidung und Schuhe. Sicherzustellen, dass entlang der Lieferkette eines Produkts keine Umwelt zerstört oder Menschenrechte verletzt

werden, sollte auch nicht in unserer Verantwortung liegen – sondern in jener der Konzerne, die die Waren herstellen und damit handeln.

## Was ist ein Lieferkettengesetz?

Sogenannte „Lieferkettengesetze“ gibt es bereits in mehreren Ländern, wie etwa in Frankreich oder Deutschland. Sie verpflichten Unternehmen zur

Sorgfalt in ihren Lieferketten. Unternehmen müssen prüfen, ob bei ihren Zulieferern keine Menschenrechte missachtet oder Umwelt zerstört werden. Damit nicht in jedem Land unterschiedliche Gesetze gelten, wurde auf EU-Ebene mehrere Jahre lang an einer einheitlichen Regelung gefeilt, die für große Konzerne gelten soll.

Fünf Jahre lang hat GLOBAL 2000 gemeinsam mit Partner:innen von Friends of the Earth und Justice is Everybody's Business für ein EU-weit einheitliches Gesetz gekämpft. In den letzten Monaten vor Abschluss der Verhandlungen unterzeichneten in Österreich mehr als 15.000 und EU-weit mehr als 100.000 Menschen Petitionen für ein starkes Lieferkettengesetz. Wir organisierten öffentlichkeitswirksame Aktionen und Diskussionsveranstaltungen und kontaktierten unzählige Unternehmen und Wirtschaftsverbände in ganz Europa.

In einem von GLOBAL 2000 initiierten offenen Brief forderten 70 in Österreich tätige Unternehmen eine europäische Richtlinie, die gleiche Spielregeln für alle großen Unternehmen festlegt: darunter Vöslauer, Ikea Österreich, die Oekostrom AG und die VBV-Vorsorgekasse. Sie alle sind überzeugt, dass auch Wirtschaftsunternehmen von einer einheitlichen Regelung profitieren – etwa durch mehr Planungssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen. Sorgfältig produzierende heimische Unternehmen haben gegenüber globalisierten Konzernen, die mit Sozialdumping und Umweltzerstörung höhere Profite machen, keinen Wettbewerbsnachteil mehr.

## Es drohte eine Blockade

Einen Monat nachdem wir im Dezember 2023 den Kompromiss zwischen EU-Parlament, EU-Kommission und Mitgliedsstaaten begrüßt hatten, kam die deutsche FDP aus der Deckung und kündigte an, als kleinster Koalitionspartner der deutschen Bundesregierung die – eigentlich rein formale – Einigung doch nicht mitzutragen. Weitere EU-Staaten schlossen sich auf Druck der Industrie-Lobby an, darunter Österreich. Das Gesetz drohte zu scheitern.

## Doch die Vernunft setzte sich durch

Wir kontaktierten Mitstreiter:innen in jenen Mitgliedsstaaten, die umzufallen drohten und unsere europäischen Verbände unterstützten die Bemühungen der Ratspräsidentschaft, das drohende Scheitern des EU-Lieferkettengesetzes abzuwenden. Mit Erfolg: Am 15. März 2024 stimmten die Mitgliedsstaaten – spät aber doch – endlich zu. Nach dem jetzt erzielten Kompromiss gilt das Gesetz für Unternehmen, die mehr als 1.000 Mitarbeiter:innen beschäftigen und einen Jahresumsatz von mehr als 450 Millionen Euro haben. Das neue EU-Lieferkettengesetz legt den Grundstein für eine klimagerechtere Welt und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Es bietet endlich einen rechtlichen Rahmen, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen, die von Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit profitieren. Ein Gamechanger, wie wir meinen – das Ringen um die Einigung war zäh, doch unser aller Einsatz hat sich letztendlich gelohnt.



# NEUE GENTECHNIK GEHÖRT GEREGET!

Die EU-Kommission strebt eine Verwässerung bewährter Gentechnikregeln für die Neue Gentechnik (NGT) an und hat dafür im Juli 2023 einen Gesetzesentwurf vorgelegt: Über 90 % der NGT-Pflanzen sollen künftig ohne Kontrolle und Kennzeichnung in der gesamten EU angebaut werden können.

Auch nationale Verbote für den Anbau von NGT-Pflanzen sollen dann nicht mehr möglich sein, wenn es nach der EU-Kommission geht. Ganz im Sinne der Agrarkonzerne, die mit leeren Greenwashing-Versprechen und irreführenden, und obendrein unbelegten Behauptungen zu Klimakrise, Pestizidreduktion oder Welthunger auf eine schnelle Deregulierung der EU-Gentechnikregeln drängen.

## Unsere Petition erfährt volle Unterstützung!

Eine EU-weite – von GLOBAL 2000 mit-initiierte – Petition hat über 420.000 Unterschriften für die strikte Regulierung und Kennzeichnungspflicht von Neuer Gentechnik gesammelt. Die vielen Stimmen aus der Bevölkerung überzeugten Österreichs Regierung. Auf EU-Ebene bezog sie daraufhin ganz klar Position für die strikte Regulierung und transparente Kennzeichnung von Neuer Gentechnik im Essen und schiedete sogar Allianzen mit anderen Regierungen, um diese gefährlichen Entwicklungen abzuwenden. Sie setzte im EU-Umweltrat das Thema Neue Gentechnik auf die Tagesordnung und verlangte eine umfassende Untersuchung möglicher Auswirkungen auf die Umwelt.

Ende 2023 / Anfang 2024 scheiterte die EU-Kommission im Agrarminister:innenrat mit ihrem Vorschlag, den Großteil der NGT-Pflanzen ähnlich wie jene aus konventioneller Züchtung zu behandeln. Österreich hatte sich mit vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten wegen zu vieler offener Fragen gegen diesen Vorschlag eingesetzt: Kennzeichnung, Risiken für Gesundheit und Umwelt, Koexistenz – der Schutz gentechnikfreier Produktion vor Verunreinigungen, usw. Das Argument, das jedoch am stärksten wog und letztlich den Ausschlag für die Ablehnung des Vorschlags gab, waren jedoch die Patente auf NGT-Saatgut.

## Patente auf Neue Gentechnik: ein heißes Thema!

Bei Patenten auf Neue Gentechnik scheiden sich zunehmend die Geister – nicht zuletzt weil GLOBAL 2000 in einem großen Report gemeinsam mit EU-Partnern der wachsenden Flut an Patentanmeldungen auf NGT-Pflanzen von Biotech-Konzernen auf den Grund gegangen war. Wir haben herausgefunden, dass die allermeisten NGT-Pflanzen durch Patente geschützt sind. Diese enge Verstrickung von Patenten mit Neuer







Gentechnik hat die EU-Kommission bisher einfach ignoriert, obwohl die Saatgutbranche selbst und sogar konservativere Agrarkreise das zunehmend als Problem anerkennen. 100 Saatgutzüchter:innen, Bäuer:innenverbände und Umweltschutzorganisationen in ganz Europa haben unseren offenen Brief zu Patenten auf Neue Gentechnik an die europäischen Agrarminister:innen unterzeichnet, der diese vor Patenten auf Gentech-Saatgut warnte.

### Showdown mit Überraschungen

Auch die Abstimmungen im EU-Parlament im Frühjahr 2024 waren für den Gesetzgebungsprozess wegweisend. Tausende Menschen haben unsere GLOBAL 2000-Mitmachaktion unterstützt und über 130.000 E-Mails an EU-Abgeordnete geschickt. Damit verschafften sie noch vor den Abstimmungen im EU-Parlament ihrer Forderung nach Sicherheitsprüfungen und Kennzeichnungspflicht bei Neuer Gentechnik in

Lebensmitteln Gehör. Zwar verschlechterten die Änderungsanträge von Agrar- und Umweltausschuss den Kommissionsvorschlag, die wichtige Kennzeichnung hat es aber in die Parlamentsposition geschafft. Der Gesetzesentwurf ist nun in die nächste EU-Legislaturperiode verschoben. Österreichs EU-Abgeordnete lehnten das Deregulierungs-Vorhaben fast geschlossen ab.

### Ein wichtiger erster Schritt

Immerhin hat sich das Parlament jedoch für Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von NGT-Pflanzen und -Produkten ausgesprochen. Damit könnte sichergestellt werden, dass wir Konsument:innen nicht vollkommen darüber im Unklaren gelassen werden, in welchen Lebensmitteln Neue Gentechnik steckt. Es bleibt spannend. Wir sind zuversichtlich, den Vorstoß der Biotech-Industrie noch aufhalten zu können. Denn wir wissen, dass unser aller Zukunft in einer vielfältigen, agrarökologischen Landwirtschaft und selbstbestimmter Ernährung liegt.

# KLIMAPROTESTE: TURBO FÜR EU- KLIMA-POLITIK

Es war ein historischer Moment, als 2015 das Pariser Klimaabkommen unter tosendem Applaus unterzeichnet wurde. Der globale Temperaturanstieg sollte auf deutlich unter 2 °C – wenn möglich auf 1,5 °C – eingedämmt werden. Doch die Ernüchterung folgte auf dem Fuß: Alles, was weltweit bisher vorgelegt wurde, ist völlig unzureichend, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen.

Bleibt es bei den bisher gemachten Zusagen, wird sich der Planet um rund 3 °C aufheizen, mit gravierenden Folgen für das gesamte Leben auf der Erde.

## Der ungenügende Plan der EU

Bis 2030 sollten die Treibhausgase gegenüber 1990 um 40 % sinken, so der EU-Plan. Viel zu wenig, um die Klimaziele von Paris einzuhalten. Doch selbst auf dieses ungenügende Ziel konnten sich EU-Kommission, -Parlament und die Mitgliedsstaaten erst nach zähen Verhandlungen einigen. Danach wurden EU-weit in einem mühevollen Prozess Gesetze und Richtlinien angepasst. Und dann kamen 2019 Fridays for Future. Deren Hauptforderung war, dass die Politik ihr in Paris gegebenes Versprechen einhalten sollte. Dieser neuen Bewegung gelang es, die Massen zu mobilisieren.

## Jugend rebelliert und erreicht Neuanfang

Bei Protesten von Fridays for Future gingen Millionen Menschen auf die Straße. Am Höhepunkt der Streikwelle im September 2019 verlangten weltweit 6 Millionen Menschen – allein in Österreich 150.000 – lautstark nach Klimagerechtigkeit. Unterstützt wurden sie dabei von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Umwelt-NGOs.

Die massive Protestwelle blieb nicht ohne politische Folgen. Hatte man bei den EU-Wahlen 2019 noch einen Rechtsruck, einen starken politischen Backlash und die Aufweichung der gerade ausgehandelten Klimagesetze befürchtet, verkündete stattdessen die neue EU-Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Europäischen Green Deal. Sie sprach vom „Man on the Moon“-Moment der EU.

Und Umwelt- und Klimaschutz wurden zu den bestimmenden Themen. Es folgten jahrelange politische Diskussionen und neben einigen Ernüchterungen auch viele wegweisende Entscheidungen.

## Der Green Deal kommt – mit allen Stärken und Schwächen

Der Green Deal nahm in den letzten Jahren Konturen an, mit all seinen Stärken und Schwächen:

- Laut Beschluss eines EU-Klimagesetzes sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % statt um nur 40 % sinken.
- Der Ausbau erneuerbarer Energie soll verstärkt und mehr Energie eingespart werden als bisher geplant. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 42,5 % hochgeschraubt werden.
- Mit einer Renovierungswelle sollen schlecht gedämmte Gebäude modernisiert und im Neubau der Nullemissionsstandard festgelegt werden.
- Es wurde beschlossen, dass ab 2035 nur mehr PKW neu zugelassen werden, die im Betrieb emissionsfrei sind.
- Das EU-Energielabel wurde überarbeitet. Produkte müssen für eine gute Bewertung höhere Effizienz erreichen.
- Ein europaweites CO<sub>2</sub>-Preissignal wurde eingeführt, das durch einen Sozialfonds abgefedert werden soll. Die Europäische Industrie soll wiederum durch Grenzausgleichsmechanismen – sogenannte CO<sub>2</sub>-Zölle – geschützt werden.

### Und das Rad dreht sich weiter

Aktuell bereitet sich die EU auf die Zeit bis 2040 vor. In den nächsten Jahren werden wichtige Entscheidungen gefällt. Als erstes soll – wie im Pariser Klimaschutzabkommen vorgeschrieben – ein neues Ziel festgelegt werden.

Der EU-Klimarat (Scientific Advisory Board on Climate Change) präsentierte im Jänner 2023 einen Report mit der Empfehlung, die Treibhausgasemissionen bis 2040

um 90 bis 95 % zu reduzieren. Bis 2030 soll europaweit der Ausstieg aus Kohlestrom gelingen und der Ausbau von Sonnen- und Windstrom massiv beschleunigt werden. Das ist jedoch noch nicht beschlossen und auch die Gesetze und Richtlinien müssen dahingehend erst angepasst werden. Es ist also extrem wichtig, dass die kommende EU-Kommission Klima- und Umweltschutz einen hohen Stellenwert einräumt, damit die EU beim Klimaschutz Vorreiterin wird und sich der „Man on the Moon“-Moment auch wirklich bald einstellt.





**global2000.at**

